

Lehrer fordern einheitliche Maskenpflicht

Corona-Regeln an Schulen Fertig mit Flickenteppich: Der Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverband möchte national gültige Schutzkonzepte an den Schulen. Kantonale Alleingänge soll es nicht mehr geben.

BaZ, 27.10.20

Stefan Häne und Fabian Renz

Immer mehr Kantone verschärfen die Vorschriften an ihren Schulen, um Lehrkräfte und Jugendliche vor dem Coronavirus zu schützen. Bern zum Beispiel hat am Montag entschieden, dass neu an sämtlichen Schulen alle Erwachsenen jederzeit Maske tragen müssen – ebenso alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Andere Kantone, insbesondere in der Ost- und Innerschweiz, warten dagegen mit strengeren Regeln immer noch zu. Grundsätzlich sind die Unterschiede von Kanton zu Kanton beträchtlich.

Aus Sicht der Lehrerschaft ist diese Vielfalt unerfreulich. Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, schlägt nun national einheitliche Regeln vor. Konkret: eine Maskenpflicht für alle Erwachsenen, die sich auf dem Schulgelände aufhalten, also auch für die Lehrpersonen während des Unterrichts. Sowie eine Maskenpflicht für alle Schüler ab Oberstufe, ebenfalls auf dem Schulgelände. Rösler verweist auf die bestehende Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr ab 12 Jahren. Diese basiere ja schliesslich auf Empfehlungen von Fachleuten, so Rösler. «Es gibt keinen Grund, in der Schule anders zu handeln.» Dass die Regeln heute je nach Kanton variieren, hält Rösler in Anbetracht der steigenden Fallzahlen für «nicht mehr angebracht».

Support aus der Politik

Rösler hofft, dass ein einheitliches Regulatorik dabei hilft, das wichtigste Ziel zu erreichen: «Wir wollen mit allen Mitteln verhindern, dass unsere Schulen wieder schliessen und auf Fernunterricht umstellen müssen. Die Folgen wären gravierend.» Während des Lockdown im Frühjahr wurden die Schüler knapp zwei Monate lang aus der Ferne unterrichtet, etwa via Videokonferenz. Rund ein Drittel von ihnen hat wenig oder fast nichts gelernt und so teils den Anschluss verloren, wie eine Studie der Pädagogischen Hochschule Zug im Sommer gezeigt hat. Diese Lerndefizite konnten offenbar nicht alle aufholen. «Eltern berichten uns davon, dass ihre Kinder noch immer im Rückstand sind, obschon sie wieder normal zur Schule gehen», sagt Rösler.



Konkret wird eine Maskenpflicht für alle Schüler ab Oberstufe, die sich auf dem Schulgelände aufhalten, verlangt. Foto: Laurent Gilliéron (Keystone)

Massnahmen wirken jeweils erst nach einer bis drei Wochen

Ob es um Schulschliessungen geht, um die Maskenpflicht im ÖV oder um das Verbot von Grossveranstaltungen – immer stellt sich die Frage: Wie viel bringen diese Massnahmen? Und was passiert, wenn man sie wieder lockert?

Antworten auf diese Fragen liefert nun eine britische Studie. Schulschliessungen, ein Verbot von Grossveranstaltungen sowie Homeoffice-Pflicht seien die effektivsten Einzelmassnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Wie die Forscher der University of Edinburgh im Fachblatt «The Lancet Infectious Diseases» schreiben, würden die Massnahmen aber

jeweils erst nach einer bis drei Wochen wirken.

Umgekehrt verhält es sich mit den Lockerungen. Schulöffnungen, die Erlaubnis für Grossveranstaltungen, sowie die Aufhebung einer Obergrenze von zehn Leuten für ein Zusammenkommen tragen am meisten zu einer beschleunigten Verbreitung des Virus bei – deutlich mehr jedenfalls als zum Beispiel die Aufhebung eines Ausgehverbots oder die Lockerung von Reisebeschränkungen im Inland.

Recht auf Bildung

Angesichts der hohen und noch immer rasant steigenden Ansteckungszahlen in der Schweiz

sind weitere Massnahmen wohl unumgänglich. «Man muss jetzt schnell die Anzahl Menschen, die zusammenkommen, auf ein Minimum reduzieren», sagt die Epidemiologin Olivia Keiser von der Universität Genf.

Handlungsbedarf sieht Keiser auch bei den Schulen. «Wir müssen sofort die Maskenpflicht in den Schulen einführen, auch bei Primarschülern», sagt Keiser. Zudem brauche es an den Schulen gute Lüftungskonzepte, um das Ansteckungsrisiko via Aerosole zu minimieren. Keiser ist allerdings nicht sehr optimistisch: «Ich weiss nicht, ob eine generelle Maskenpflicht an Schulen überhaupt reicht», sagt sie, «oder

ob nicht doch teilweise Schulschliessungen nötig sind.»

Das will eigentlich niemand. Denn zum einen ist die Rolle der Kinder bei der Übertragung des Coronavirus noch immer nicht vollständig geklärt. Zum anderen gibt es ein Recht auf Bildung, und unter einer Schliessung würden in erster Linie Kinder aus eher bildungsfernen Schichten leiden. «Wir können dieses Recht nicht opfern», schreibt die Medizinerin Samia Hurst von der Universität Genf auf Facebook. «Eine Schulschliessung kann nicht die erste Massnahme sein. Wir müssen zuerst alles unternehmen, um die Schulen sicher zu machen.» (nw)

Das Ziel, den Fernunterricht zu verhindern, wird in der Politik weitgehend unterstützt. Mit der Forderung nach einheitlichen Schutzkonzepten schneidet Rösler dagegen ein heikles Thema an. Der Bildungsbereich gehört gewissermassen zum «Allerheiligsten» des Schweizer Föderalismus; die Kantone hüten hier eifersüchtig ihre Kompetenzen – allfällige Angleichungen pflegen sie unter sich auszumachen, im Rahmen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK).

Wie es der Zufall will, hat die EDK diesen Freitag ihre Jahresversammlung. Wie verbindlich Corona da aber zum Thema wird, ist unklar. «Es gibt heute schon national einheitliche Grundprinzipien wie Hygiene- und Verhaltensregeln. Ein Antrag auf Vereinheitlichung sämtlicher geltenden Schutzkonzepte der Kantone ist bei uns bis jetzt nicht eingegangen», sagt Stefan Kuffermann vom EDK-Generalsekretariat. Die Präsidentin der EDK, Silvia Steiner (CVP) aus Zürich, will sich zur Forderung des Lehrerverbands nicht äussern.

Kaum Eingriffe des Bundes

Da bis jetzt Anzeichen fehlen, dass die EDK tätig wird, wünschen sich manche Politiker mehr Aktivität des Bundesrats. Die Landesregierung hat sich, seit Beendigung der ausserordentlichen Lage im Frühsommer, mit Eingriffen im Bildungsbereich wohlweislich zurückgehalten. Diesen Mittwoch will sie neue Massnahmen beschliessen, etwa eine Maskenpflicht im Freien – aber offenbar nichts Spezifisches für den Schulunterricht. Nationalrat Matthias Aebischer (SP, BE), der mit Röslers Forderung sympathisiert, findet indes: «Wenn der Bundesrat eine nationale Maskenpflicht im Freien einführt, dann müsste er das logischerweise auch für die Schulzimmer tun – für alle Personen, die sich dort aufhalten, unabhängig vom Alter. Sonst ergibt das Ganze keinen Sinn.»

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen würde die Schutzkonzepte zwar in kantonaler Verantwortung belassen. Er erhofft sich vom Bundesrat aber zumindest die klare Botschaft, wonach die Schulen offen zu bleiben haben. Und auch er sagt: «Eine Vereinheitlichung der Regeln ist zu begrüßen. Die Massnahmen müssen verständlich und einfach anwendbar sein.»